

Aus dem Jahre 1874.

(Rückblicke.)

Wenn wir beim Schlusse des Jahres 1874 den Verlauf desselben noch einmal überschauen, um die politischen Ergebnisse für das preussische und deutsche Vaterland zusammenzufassen, so erwacht zunächst die Erinnerung an die schweren Sorgen um die Gesundheit unseres Kaisers und Königs, welche beim vorigen Jahreswechsel das gesammte Volk bewegten, und wir preisen es als einen ersten großen Segen des Jahres 1874, daß der ehrwürdige Fürst, mit dessen Namen das erhebende Bewußtsein der wieder errungenen Größe und Kraft des deutschen Reiches und zugleich das Bewußtsein der hehren Aufgaben desselben innig verknüpft ist, sich seit den ersten Wochen dieses Jahres von der vorübergehenden Schwäche in wunderbar raschem Aufschwunge wieder zu alter Kraft und Frische erhoben hat und diese neugestärkte Kraft wieder mit gewohnter Hingebung der weiteren erfolgreichen Erfüllung seines erhabenen Berufes widmen konnte. Schon im April war es dem Kaiser möglich, den Reichstag persönlich zu schließen mit dem Ausdruck des Dankes gegen Gott, der ihm dies nach ernster Krankheit gestattet habe. Im weiteren Verlaufe des Jahres aber konnte der Kaiser, nachdem er an den altbewährten und ihm lieb gewordenen Heilquellen vollends Stärkung gewonnen, sich aufs Neue mit bewunderungswürdiger Ausdauer der Abhaltung der großen Heerschaufen widmen, welche von jeher für die Entwicklung unseres Heerwesens von großer Wichtigkeit waren, in dieser Zeit eine noch erhöhte Bedeutung für die Vollendung der äußeren und inneren Einheit des deutschen Heeres gewonnen haben.

Das hohe persönliche Ansehen des Kaisers, das Vertrauen und die Verehrung, welche ihm im deutschen Volke gewidmet werden, hatten sich auch bei den wichtigen Verhandlungen über die endgültige Feststellung der deutschen Heereseinrichtungen in wirksamer und wahrhaft bedeutungsvoller Weise betheiliget.

Der Reichstag war am Beginn des Jahres neu gewählt worden. Die Wahlen hatten die Stellung und Stärke der Parteien in der Versammlung erheblich verändert; das Schwergewicht, welches früher in der Vereinigung der Konservativen und der gemäßigten liberalen Parteien ruhte, war jetzt fast gänzlich in die liberale Partei verlegt. Die große Mehrheit war unzweifelhaft und ausdrücklich zur Unterstützung der Regierung bei den nächsten und wichtigsten Aufgaben der Reichspolitik gewählt, und es bestand grundsätzlich kein Zweifel darüber, daß es eine der vornehmsten dieser Aufgaben sei, die Grundlagen der einheitlichen deutschen Macht namentlich auch in militärischer Beziehung dauernd sicher zu stellen. So sehr jedoch in dieser Beziehung Einverständnis innerhalb der Reichstagsmehrheit herrschte, so machte sich doch vermöge der alten Ueberlieferungen der liberalen Parteien ein lebhafter Widerstreit der Meinungen und ein bedenkliches Schwanken der Entschlüsse in Betreff der Feststellung der Friedensstärke der Armee geltend. Da trat der kaiserliche Kriegsherr selbst hervor, um vor neuen Zerwürfnissen über die Heeresfrage zu warnen.

Er erinnerte an sein früheres Ringen für die Reorganisation der Armee: „Was Ich damals vier Jahre lang aus Pflichtgefühl und Ueberzeugung erstrebte, aufrecht erhielt und erreichte, hat seinen Lohn in den ja über alle Erwartung großen Erfolgen der Armee und der Meiner Verbündeten gefunden, und dieses Gefühl giebt Mir Muth zur Ausdauer auch jetzt, denn nicht um Kriege herbeizuführen, sondern um den europäischen Frieden zu sichern, halte Ich an dem Bewährten fest.“

Fast gleichzeitig wandte sich Fürst Bismarck von seinem damaligen Krankenlager vertraulich mahnend und warnend an die Führer der nationalen Parteien im Reichstage, um denselben die Nothwendigkeit einer festen Einigung und klaren bewußten Führung der reichstreuen Mehrheit nicht bloß um der Militärfrage willen, sondern für die Lösung der Gesamtaufgaben der Reichspolitik dringend ans Herz zu legen.

Diese von den erhabenen Stellen der Regierung ausgehenden Erklärungen und Mahnungen machten einen mächtigen Eindruck nach allen Seiten und ergriffen mit ungeahnter Macht die weitesten Volkskreise. Die Bewegung, welche um Ostern dieses Jahres, unmittelbar aus dem Volksbewußtsein heraus die Reichsvertretung zur Verständigung mit der Regierung über die Wehrkraft des Reiches drängte, war eine der erfreulichsten und denkwürdigsten Erfahrungen in Bezug auf das Wesen der jetzigen Volkstimmung, als deren Grundton die Verehrung für den Kaiser, das Vertrauen zu seiner Regierung und die patriotische Hingebung für das Reich mit ursprünglicher und unwiderstehlicher Kraft zur Geltung gelangten. Je mehr gerade die Militärfrage noch vor wenigen Jahren als eine der günstigsten Handhaben zur Aufregung gegen die Regierung benutzt worden war, desto mehr darf man in der diesjährigen Volkstimmung eine Bestätigung der vom Fürsten Bismarck in einer der jüngst bekannt gewordenen Depeschen ausgesprochenen Ansicht finden, daß es keinem aufmerksamen Beobachter habe entgehen können, „wie stark und massenhaft in Deutschland die Verehrung gewesen ist und noch ist von rothen zu gemäßigten liberalen, von gemäßigten liberalen zu konservativen Gesinnungen, von doktrinärer Opposition zu dem Gefühle des Interesses am Staate und der Verantwortlichkeit für denselben.“

Der klare und entschiedene Ausdruck der Volkstimmung war von großer moralischer Wirkung auch in den Reichstagskreisen und stellte die nationale Mehrheit vor die unabwendliche Nothwendigkeit, eine Verständigung mit der Regierung über die Heeresfrage anzustreben. In dem Maße, wie diese patriotische Pflicht auch von den entschieden liberalen Parteien anerkannt wurde, hielt die Regierung des Kaisers es den allgemeinen Reichsinteressen nach innen und außen entsprechend, ihrerseits zu einer Lösung der Frage die Hand zu bieten, zu welcher die gesammte national-gesinnte Reichstagsmehrheit freudig mitwirken konnte, auf daß die wichtigste Angelegenheit des Deutschen Reiches mit einer Mehrheit entschieden würde, „welche (wie Graf Moltke sagte) der Bedeutung des Gegenstandes, dem Ansehen des Landes und der Würde der Reichsvertretung entspricht“, — auf daß ferner die Lösung der Militärfrage durch das gegenseitige Entgegenkommen der Ausgangspunkt und das Unterpfand eines weiteren vertrauensvollen Zusammenwirkens auf allen Gebieten der Reichspolitik würde.

In solchem Sinne willigte der Kaiser herein, daß die Friedensstärke der Armee in der als nothwendig erkannten Höhe wenn nicht dauernd, doch zunächst auf einen siebenjährigen Zeitraum festgestellt werde, und die große Mehrheit des Reichstages stimmte nunmehr bereitwillig dem Gesetze zu, durch welches alle wesentlichen Grundlagen der Heeresorganisation für das ganze Deutsche Reich unwiderruflich und unbedingt anerkannt sind.

Es war dies, ungeachtet des Vorbehaltens in Betreff der Kopffahl der Friedensstärke, ein Erfolg von der größten Bedeutung und die wichtigste Errungenschaft für das nationale Gemeinwesen seit der Errichtung des Deutschen Reiches. Die Zuversicht, welche der Kaiser, im Gegensatz zu manchen kleinmüthigen Vorhersagungen, beim Schlusse des Reichstages in Bezug auf die weitere regelmäßige Berathung des Militär-Etats und die fortschreitende Entwicklung des Verfassungslebens aussprach, hat in der gegenwärtigen Reichstags-Session bereits eine erfreuliche Bestätigung gefunden: die im Frühjahr anerkannten Grundlagen der Heeresorganisation haben sich als sichere und bindende Voraussetzungen für den Heereshaushalt durchweg bewährt, und der Versuch, den Militär-Etat von Neuem zum Tummelplatz politischer Leidenschaften zu machen, ist an dem patriotischen Geiste der Mehrheit gescheitert.

Die im Frühjahr erreichte Lösung der Militärfrage hatte aber, wie gesagt, eine noch weiter gehende unmittelbare Bedeutung eben als Ausfluß der neugekräftigten vertrauensvollen Einigung zwischen der Regierung und dem Reichstage.

Die „Gesamtaufgaben der Reichspolitik“ hatte vor Allen Fürst Bismarck im Auge, als er den Ausgleich über die Militärfrage und damit die Befestigung der regierungsfreundlichen Mehrheit eifrig förderte, und in völliger Ueber-